

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

der PSD Bank Nürnberg eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die PSD Bank Nürnberg eG ist eine eingetragene Genossenschaft, die der amtlich anerkannten BVR Instituts-sicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen ist. Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte. Unser Geschäftsgebiet umfasst überwiegend Standorte in Franken, Sachsen und der Oberpfalz mit unserer Hauptstelle, fünf Filialen und einem Beratungsbüro.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die für das Verständnis der Analyse unseres Geschäftsverlaufs und unserer wirtschaftlichen Lage maßgeblichen Bedingungen im Geschäftsjahr haben sich wie folgt entwickelt:

Wirtschaft stabilisiert sich

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2%, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9% beziehungsweise 0,5% gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9% verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2% und damit in gleichem Maße wie 2024.

Schwacher Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Millionen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Millionen im Vorjahr auf etwa 2,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0% auf 6,3%.

Unveränderte Inflationsrate

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2% zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4% im September und 1,8% im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5% der stärkste Treiber der Gesamtsteuerung (2024: +3,8%). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7%), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5%) sowie Gaststättendienstleistungen (+4,0%) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1% (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0% nach +1,4% im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4% nach -3,2%) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Fortsetzung der geldpolitischen Lockerung

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische

Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen. Hervorzuheben ist unter den großen Notenbanken die japanische Zentralbank, die angesichts einer sich weiter beschleunigenden Inflation sogar die Zinsen erhöhte – allerdings ausgehend von einem international vergleichsweise niedrigen Niveau.

Anleihemärkte: Grundgesetzänderung sorgt für nachhaltige Renditebewegung

Neben Inflations- und Zinserwartungen sowie der Geldpolitik wirkten im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die Anleihenkurse. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und Klima für einen deutlichen und nachhaltigen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden sind erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führen. Der Anstieg führte auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die Bundrendite startete bei 2,36% ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets kurzzeitig auf knapp 3%, bevor sie sich bei etwa 2,7% einpendelte. Dort verblieb sie mit geringen Schwankungen etwa über den weiteren Jahresverlauf und schloss das Jahr bei 2,85% ab. Die Zinsaufschläge zu Bundesanleihen für französische Papiere liegen durch die politisch instabile Lage in Frankreich bei etwa 70 Basispunkten. Damit liegen sie seit längerem erstmals wieder höher als die für italienische Papiere, die sich zum Jahresende auf etwa 65 Basispunkte eingependelt haben.

Langlaufende Anleihen bleiben trotz geldpolitischer Lockerungen hoch

Die Renditen amerikanischer und britischer Anleihen entwickelten sich ähnlich wie im Euroraum, allerdings auf höherem Niveau. Zehnjährige US-Anleihen starteten mit einer Rendite von 4,57% ins Jahr 2025 und erreichten bereits im Januar mit 4,79% den höchsten Stand des Jahres auf Schlusskursbasis. In der zweiten Jahreshälfte setzte zusammen mit den Zinssenkungen der Fed eine leichte Abwärtsbewegung ein. Zum Jahresende notierten die zehnjährigen Papiere bei 4,16%. Im Vereinigten Königreich blieben die Renditen auf Jahressicht nahezu unverändert. Zu Jahresbeginn lagen sie wie ihre amerikanischen Pendanten für zehnjährige Titel bei 4,57%. Zum Jahresende notierten sie mit 4,47% nur leicht darunter. Unsicherheiten über fiskalische Spielräume sorgten im Vereinigten Königreich für Zinsaufschläge.

DAX beendet das Jahr nahe Allzeithoch

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung dank Faktoren wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025 und bewegte sich bis zum amerikanischen „Befreiungstag“ in einer Aufwärtsbewegung. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.

Entwicklung der PSD-Banken

Die PSD Banken blieben auch im Jahr 2025 auf Wachstumskurs. Die addierte Bilanzsumme der 11 Banken stieg um 187 Mio. Euro (oder 0,7%) auf insgesamt 25.258 Mio. EUR.

II.2 Leistungsindikatoren

Definition unserer bedeutsamen Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

- Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Jahresüberschusses vor Steuern und vor der Zuführung/Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: „JÜ vor Steuern/dBS“) festgelegt.

Die Kennzahl JÜ vor Steuern/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftsumfang, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme.

- Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz bzw. Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: „CIR“) bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis (inkl. laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren) sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar.

- Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR (hartes Kernkapital des Instituts in Prozent des Gesamtrisikobetrags).

Entwicklung unserer bedeutsamen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025 stellt sich wie folgt dar:

Die Rentabilitätskennzahl Jahresüberschuss vor Steuern/dBS lag mit 0,27% auf dem Niveau des Vorjahres.

Die CIR lag im Geschäftsjahr 2025 bei 74,08% (Vorjahr: 69,75%).

Die harte Kernkapitalquote belief sich auf 16,20%; ein Zuwachs von 0,98 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Die Entwicklung der harten Kernkapitalquote liegt deutlich unter der in der Vorperiode berichteten Prognose.

Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen höhere KSA-Positionsbeträge als im Vorjahr geplant.

Der Jahresüberschuss vor Steuern/dBS liegt leicht unter der im Vorjahr berichteten Prognose, während die CIR im Jahr 2025 einen leicht besseren Wert aufweist, als für das Jahr prognostiziert. Wir verweisen hierzu auf den Abschnitt II.4.1.

II.3 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	4.695.386	4.535.653	+	159.733	3,5
Außerbilanzielle Geschäfte	855.082	759.447	+	95.635	12,6

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 3,5%.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 38 TEUR, aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 180.044 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 675.000 TEUR zusammensetzen, liegen über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg ist hauptsächlich auf die Derivate zurückzuführen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	3.714.573	3.566.148	+	148.425	4,2
Wertpapiere	793.324	789.662	+	3.662	0,5
Forderungen an Kreditinstitute	112.896	107.212	+	5.684	5,3

Insbesondere ein im Vorjahresvergleich höherer Bestand an Baufinanzierungskrediten führte zu einem Anstieg der Kundenforderungen um 148.425 TEUR.

Die Wertpapiere befinden sich auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr.

Durch höhere Liquiditätsreserven bei der DZ Bank stiegen die Forderungen an Kreditinstitute um 5,3% im Vergleich zum Vorjahr.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	501.818	505.345	-	3.527	0,7
Spareinlagen von Kunden	525.570	522.454	+	3.116	0,6
andere Einlagen von Kunden	3.134.689	3.003.069	+	131.620	4,4

Im Geschäftsjahr 2025 befinden sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und die Spareinlagen von Kunden auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr. Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (Passiva 2bb) gingen um 5.756 TEUR zurück, während die täglich fälligen Verbindlichkeiten (Passiva 2ba) um 137.376 TEUR anstiegen.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	3.827	3.898	-	71	1,8
andere Vermittlungserträge	608	685	-	77	11,2
Erträge aus Zahlungsverkehr	4.295	4.456	-	161	3,6

Das Dienstleistungsgeschäft ging insgesamt leicht zurück. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind insbesondere durch geringere Erträge aus den Bereichen Kontoführung und Kartengeschäft gesunken.

Immobilien-geschäft

Darüber hinaus erfolgte ein Abriss eines Gebäudes, das bereits in den Vorjahren vollständig abgeschrieben wurde.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 3.458 TEUR. Davon entfielen im Berichtsjahr auf Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung 666 TEUR, der verbleibende Teil entfällt auf das Immobilienvermögen.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war neben den nachfolgend dargestellten Sachverhalten durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

II.4 Lage der PSD Bank Nürnberg eG

II.4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	31.110	23.754	+	7.356	31,0
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	22.457	23.901	-	1.444	6,0
Provisionsüberschuss ²⁾	1.728	3.629	-	1.901	52,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	77	6.029	-	5.952	98,7
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	20.082	19.450	+	632	3,2
b) andere Verwaltungsaufwendungen	21.019	20.296	+	723	3,6
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-1.978	-5.562	+	3.584	64,4
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	12.569	12.018	+	551	4,6
Steueraufwand	578	-43	+	621	1.444,2
Jahresüberschuss	6.092	5.961	+	131	2,2

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13 - 16

Der Zinsüberschuss erhöhte sich im Berichtsjahr um 7.356 TEUR. Dies ist im Wesentlichen auf eine gesunkene Durchschnittsverzinsung der Kundenpassiva zurückzuführen.

Die laufenden Erträge haben sich unter anderem deshalb verringert, da der Vorjahreswert durch eine zusätzliche Ausschüttung aus der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG erhöht war. Im Jahr 2025 wirkte sich eine zusätzliche Ausschüttung aus einem Spezialfonds in Höhe von 2.000 TEUR ergebniserhöhend aus. Das Provisionsergebnis verminderte sich um 1.901 TEUR. Dabei verringerten sich die Provisionserträge und

die Provisionsaufwendungen (insbesondere Vermittlungsprovisionen) stiegen im Vergleich zum Vorjahr an. Die Reduzierung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses betrug 5.952 TEUR. Dabei war der Wert des Vorjahrs wesentlich durch Einmaleffekte beeinflusst.

Der durchschnittliche Personalbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht vermindert. Tarifliche und individuelle Gehaltssteigerungen führen zu einem Anstieg der Personalaufwendungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen im Vorjahresvergleich um 3,6% an. Dieser Anstieg ist auf allgemeine Preissteigerungen sowie auf eine Erhöhung der Geschäftstätigkeit (insbesondere in den Bereichen EDV- und Beratungskosten) zurückzuführen.

Das Bewertungsergebnis lag 3.584 TEUR über dem Vorjahreswert. Dabei war das Bewertungsergebnis des Vorjahrs unter anderem aufgrund einer Einzelwertberichtigung auf ein Schuldscheindarlehen sowie die Bildung von Vorsorgereserven gem. § 340f HGB belastet. Im Jahr 2025 wirkte sich eine Wertberichtigung auf ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 1.613 TEUR belastend aus.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich im Vorjahresvergleich erhöht. Die Ursachen hierfür sind im Wesentlichen die oben dargestellten Faktoren.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost-Income-Ratio – CIR, Vgl. Definition im Abschnitt II.2) verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr leicht. Die Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS blieb im Vorjahresvergleich konstant.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen. Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden.

Die Liquidity Coverage Ration (LCR) lag zum Bilanzstichtag bei 146,79%.

Ein großer Teil der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens - mit Ausnahme der Fonds - ist notenbankfähig und kann somit bei der Deutschen Bundesbank zum Erhalt liquider Mittel hinterlegt werden. Neben den dargestellten liquiden Mitteln stehen uns kurzfristig verfügbare Kreditlinien bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank (DZ BANK AG) und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB zur Verfügung.

Übernachtungskredite (Spitzenrefinanzierungsfazilität) bei der Deutschen Bundesbank haben wir im Jahresverlauf nicht in Anspruch genommen. Die eingeräumten Kreditlinien der DZ BANK AG haben wir im Jahresverlauf einmal zur Disposition in Anspruch genommen.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren aufgrund der vorhandenen Liquiditätsreserven sowie der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund nicht zu rechnen. Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Anhaltspunkte für Umstände vor, die die Liquiditätslage der Bank nachteilig verändern könnten.

Weitere Ausführungen finden sich unter III.4 Liquiditätsrisiken.

II.4.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	63.517	61.499	+	2.018	3,3
Rücklagen	147.587	143.733	+	3.854	2,7

Wesentliche Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch die Gewinnthesaurierung. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 184.200 TEUR.

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich von 9,91% auf 9,81% reduziert.

Die harte Kernkapitalquote beläuft sich auf 16,20% und konnte somit deutlich erhöht werden. Die wesentlichen Ursachen für die Erhöhung des Kernkapitals ist die Rücklagenbildung aus Gewinnthesaurierung sowie der Rückgang des Gesamtrisikobetrags. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt. Die Gesamtkapitalquote beläuft sich auf 18,83% und stieg somit leicht an. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt. Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,13%. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken würde sich eine Kapitalrendite von 0,26% ergeben.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 79,11%.

Das Bruttokundenkreditvolumen (Kundenforderungen und unwiderrufliche Kreditzusagen) entfällt nahezu vollständig auf Privatkunden.

Im Kundenkreditgeschäft bestehen keine besonderen strukturellen Risiken und Risikokonzentrationen (es besteht lediglich eine Konzentration auf Besicherungen mit Wohnimmobilien).

Die Größenklassengliederung ist ausgewogen. Von den Kundenfinanzierungen entfallen 9,69% auf die Größenklasse ab 500 TEUR.

Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen abgesichert.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Anlagevermögen	481.307	513.820	-	32.513	6,3
Liquiditätsreserve	312.017	275.841	+	36.176	13,1

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 16,9% an der Bilanzsumme. Hiervon entfällt ein Anteil von 4,4% auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 12,5% auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Bei den festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich ausschließlich um EUR-Anleihen.

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Vom gesamten Wertpapierbestand wurde ein Teilbetrag in Höhe von 481.307 TEUR dem Anlagevermögen zugewiesen.

Durch die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 2.432 TEUR vermieden.

Strukturierte Finanzinstrumente wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Derivategeschäfte

Es bestehen Zinsderivate in einem Umfang von 675.000 TEUR, die der Steuerung des Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) dienen. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuchs einbezogen. Zinsswaps mit langen Laufzeiten, deren Laufzeit, die im Zinsbuch der Bank kontrahierten Geschäfte deutlich überschreitet, wurden in Bezug auf den laufzeitinkongruenten Teil nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses aufgrund der nachfolgend dargestellten Entwicklung als gut.

Sowohl das Kundenkredit- als auch das Kundeneinlagenvolumen konnte gesteigert werden.

Die Entwicklung der Ertragslage, gemessen an der Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS, liegt leicht unter der im Vorjahr berichteten Prognose, jedoch trotz weniger positiver Einmaleffekte als im Vorjahr auf vergleichbarem Niveau. Dabei konnte insbesondere der Zinsüberschuss deutlich gesteigert werden.

Die Entwicklung der harten Kernkapitalquote liegt deutlich unter der in der Vorperiode berichteten Prognose, konnte jedoch im Vorjahresvergleich deutlich gesteigert werden. Dabei konnte das Kernkapital stärker gesteigert werden als für das Jahr geplant. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen wurden Wertberichtigungen gebildet. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen und Plandaten sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und entwickeln entsprechende Risikostrategien.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung beinhaltet eine ökonomische und eine normative Perspektive.

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern die Kapitalquoten eingehalten und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden. Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen in einem adversen Szenario berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger aus ökonomischer Sicht ab. In der ökonomischen Perspektive, die in unserem Institut barwertig ermittelt wird, werden das Risiko- deckungspotenzial und die konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die ökonomischen Risiken durch das Risiko deckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risiko deckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungs- legungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Auf Basis des ermittelten Risiko deckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungs- prozesses unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risiko deckungspotenzial zur Verfügung steht, um zukünftige Wertschwankungen aufzufangen.

Unsere im Rahmen unserer ökonomischen Risiko steuerung ermittelten Risiko deckungspotenziale zum Bilanz- stichtag betrugen nach Abzug eines Puffers für unwesentliche Risiken 450 Mio. EUR, wovon 224 Mio. EUR für das Gesamtrisikolimit zur Verfügung gestellt wurden.

Demgegenüber standen aggregierte Gesamtbankrisiken in Höhe von 162 Mio. EUR, die sich wie folgt auf unsere wesentlichen Risikoarten verteilen: Zinsänderungsrisiko 85 Mio. EUR, Adressenausfallrisiken 24 Mio. EUR (davon Forderungen an Kunden 8 Mio. EUR, Eigenanlagen 16 Mio. EUR), Immobilienrisiken 49 Mio. EUR, operationelle Risiken 4 Mio. EUR.

Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. Ad-hoc-Berichterstattung werden Vorstand und Aufsichtsrat informiert.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die Interne Revision geprüft.

Unser Stresstestkonzept umfasst die beiden Steuerungsperspektiven der Risikotragfähigkeit (ökonomische und normative Perspektive) und fokussiert hierbei jeweils die Adäquanz der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Bank. Dabei ermitteln wir regelmäßig und anlassbezogen die Auswirkungen von Stresstests und adversen Szenarien. Die Reflexion und kritische Würdigung dieser Auswirkungen ist ein zentrales Element unseres Risiko managements.

Nach dem Bilanzstichtag ergab sich eine militärische Auseinandersetzung im Nahen Osten. Resultierende Beeinträchtigungen der globalen Lieferketten, sowie der Energie- und Finanzmärkte können sich negativ auf unsere Ertragslage auswirken. Die finanziellen Auswirkungen des Konflikts sowie die Auswirkungen auf die Risiko beurteilung sind derzeit noch nicht voll abschätzbar. Die weitere Entwicklung ist aktuell noch ungewiss und muss intensiv beobachtet werden.

Im Folgenden erläutern wir das Risikomanagement unserer wesentlichen Risiken.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Die Zinsrisiken messen wir monatlich mit einem Value-at-Risk-Ansatz, wobei ein Konfidenzniveau von 99,9% zur Anwendung kommt. Die gemessenen Risiken werden dem entsprechenden Teilrisikolimit gegenübergestellt, dessen Überschreiten die Anwendung definierter Steuerungsmaßnahmen auslöst.

Zur Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen hat die Bank für die wesentlichen variablen Positionen Ablaufkationen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte und Elastizitäten ermittelt. Neben der Risikoermittlung im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden die Zinsrisiken u. a. auch im Kontext des barwertigen und periodischen Ausreißertests ermittelt.

Aufgrund des von uns eingegangenen Zinsänderungsrisikos ist ein Rückgang des Zinsbuchbarwertes bei steigenden Zinssätzen zu erwarten. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv/ Passiv-Steuerung haben wir dazu Zinsswaps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Es bestehen keine weiteren wesentlichen Marktpreisrisiken.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Das Adressenausfallrisiko im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Software-Modul VR-Control KRM mit einem Konfidenzniveau von 99,9%.

Der Risikoausweis umfasst den unerwarteten Verlust, welcher als barwertig ermittelter Credit-Value-at-Risk (CVaR) ermittelt wird.

Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgt auf der Basis von Limitierungen und Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Risikokonzentrationen bestehen lediglich in der Sicherheitenart eigengenutzte Wohnimmobilien.

Risikovorsorge wird auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

Eigenanlagen

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Veröffentlichungen sowie Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück.

Die Messung der Adressrisiken bei den Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte indem das zukünftige Verhalten definierter Risikoparameter auf Basis von Zufallszahlen in einer Monte-Carlo-Simulation abgebildet wird (Konfidenzniveau 99,9%).

Der Risikoausweis umfasst den unerwarteten Verlust, welcher als barwertig ermittelter Credit-Value-at-Risk (CVaR) ermittelt wird.

Diesen Risiken begegnen wir dadurch, dass wir hauptsächlich Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Das Ausfallrisiko begrenzen wir durch ein System interner Strukturlimite, die eine hinreichende Streuung des Depotbestandes gewährleisten.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung und bestehen nur im Bereich der Eigengeschäfte.

III.4 Liquiditätsrisiken

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses wird die LCR-Kennziffer gemessen und gesteuert. Im Geschäftsjahr lag sie stets über dem geforderten Mindestwert von 100%.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungszeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotential (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann. Eine Intra-Risikokonzentration besteht bzgl. täglich fälligen Kundeneinlagen, die jedoch breit gestreut sind.

Unsere Refinanzierungsstruktur ist weitgehend durch Geschäftsbeziehungen mit Privatkunden und durch

langfristige Pfandbriefemissionen geprägt. Im Zuge der Eckwertplanung erstellt die Bank einen Refinanzierungsplan für den jeweiligen Planungshorizont.

Zur Sicherstellung der mittel- bis langfristigen strukturellen Liquidität beobachten wir regelmäßig die NSFR (Net Stable Funding Ratio). Damit beurteilen wir insbesondere die Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungen sowie unsere Stressresistenz insgesamt. Im Geschäftsjahr lag sie stets über dem Mindestwert von 100%.

In liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht engagiert.

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern. Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt. Im Rahmen der Eigenanlagenstrategie streuen wir die Positionen der Liquiditätsreserve über Laufzeiten und Emittenten, um ein hohes Maß an Liquidierbarkeit zu erreichen, damit wir jederzeit kurzfristig auf unerwartete Zahlungsstromschwankungen reagieren können.

III.5 Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht. Im Rahmen eines Self-Assessments erfolgt die Identifikation potenzieller operationeller Risiken. Die Risikomessung erfolgt auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation im Software-Modul VR-Control ORM mit einem Konfidenzniveau von 99,9%. Der Risikoausweis umfasst einen unerwarteten Verlust, welcher als Value-at-Risk ermittelt wird. Zudem werden auch Szenario-Annahmen im Rahmen von regelmäßigen Stresstests berücksichtigt.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale, Backup-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision, Versicherungen (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare bzw. von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir Rechtsberatung in Anspruch. Im Geschäftsjahr sind keine operationellen Risiken mit deutlicher Ertragsauswirkung eingetreten.

III.6 Weitere Risiken

Immobilienrisiken

Die Bank investiert im Rahmen ihres Eigenanlagengeschäftes in begrenztem Umfang direkt oder über Fonds bzw. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen in Immobilien. Das Wertänderungsrisiko wird als Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,9% ermittelt. Dabei kommt eine Kombination aus analytischem Ansatz und Monte-Carlo-Simulation zum Einsatz. Die Risiken aus Immobilien stellen eine wesentliche Risikoart dar.

Im Rahmen der Stresstests wird ein erhöhter Abschlag auf den Marktwert unterstellt.

Nachhaltigkeitsrisiken

Einflüsse von Nachhaltigkeitsrisiken auf die primären Risikoarten werden im Rahmen der Risikoinventur analysiert und gewürdigt sowie in unsere Risikosteuerungs- und Controllingprozesse eingebunden.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage insgesamt als geordnet einzustufen, da die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2025 unter den definierten Risikoberechnungen stets gegeben war.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2025 jederzeit eingehalten.

Wir verweisen hierzu ergänzend auf unsere Ausführungen bei der Vermögenslage.

Nach dem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2026 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank voraussichtlich nicht wesentlich beeinträchtigen können.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs im Nahen Osten sind derzeit noch nicht vollumfänglich abschätzbar.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der PSD Bank Nürnberg eG für das Geschäftsjahr 2026 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen und Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen – etwa aufgrund künftiger Auswirkungen des Nahost-Kriegs auf die für unsere Geschäftstätigkeit relevanten Märkte - als unzutreffend erweisen können.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die Prognosen zur Konjunkturerwartung gehen nach den im Januar 2026 veröffentlichten Einschätzungen der Konjunkturexperten von einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 1,0% im Jahr 2026 aus. Dabei werden Wachstumseffekte besonders von den wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung erwartet. Der strukturelle Wandel am Arbeitsmarkt bleibt voraussichtlich weiterhin bestehen. Die Erwerbstätigkeit und die Arbeitslosigkeit werden leicht zurückgehen. Bei der Inflation wird von einem ähnlichen Niveau im Vergleich zum Vorjahr ausgegangen. Es wird eine Inflationsrate von 2,1% im Jahresdurchschnitt erwartet. (Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2026; Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz).

Bzgl. der geldpolitischen Beschlüsse der EZB gehen wir weiterhin von einem datengestützten Ansatz der Notenbank aus, wobei die geopolitischen Entwicklungen maßgeblichen Einfluss haben werden.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von der weiteren Zinsentwicklung, dem weiterhin hohen Wettbewerb, den sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen im Zusammenhang mit der Digitalisierung und den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie von der Entwicklung von Immobilienpreisen und zunehmend auch von Auswirkungen des Klimawandels geprägt.

Wesentliche Prognoseannahmen bzw. sonstige prognostische Angaben

Im Kundenkreditgeschäft erwarten wir ein Neugeschäftsvolumen auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr sowie einen Anstieg des Kreditbestands.

Auch im Kundeneinlagengeschäft gehen wir von einem Anstieg des Geschäftsvolumens aus.

Wir erwarten, dass der Zinsüberschuss (inkl. laufender Erträge) im Folgejahr über dem aktuellen Wert liegen wird. Beim Zinsertrag (inkl. laufendem Ertrag) gehen wir dabei von einem deutlich stärkeren Anstieg als beim Zinsaufwand aus.

Das Provisionsergebnis soll gesteigert werden.

Die Personalaufwendungen werden sich nach unseren Planungen im nächsten Geschäftsjahr aufgrund einer höheren Mitarbeiteranzahl sowie auch aufgrund tariflicher Lohnsteigerungen erhöhen. Bei den Sachkosten, inkl. planmäßiger Abschreibungen gehen wir ebenfalls von einem Anstieg aus.

Das prognostizierte sonstige betriebliche Ergebnis liegt im Jahr 2026 über dem Wert des aktuellen Geschäftsjahrs.

Das prognostizierte Bewertungsergebnis 2026 liegt über dem Vorjahreswert.

Unsere Planung basiert auf einem vergleichbaren Marktzinsniveau mit überwiegend geringen Zinsveränderungen und konstanten Immobilienpreisen.

Prognose der bedeutsamen Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2026 die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren (vgl. Definition Abschnitt II.2):

- Wir erwarten, dass der Jahresüberschuss vor Steuern in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme deutlich über dem Niveau des Vorjahres liegt.
- Die Cost Income Ratio wird sich voraussichtlich leicht verbessern.
- Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unseres Kernkapitals durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Die aufsichtsrechtlich festgelegte harte Kernkapitalquote wird dabei deutlich sinken, da wir einen stärkeren Anstieg des Nenners der Kennzahl erwarten. Wir gehen davon aus, dass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert jederzeit eingehalten wird.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass sich Geschäftsverlauf und Lage der PSD Bank Nürnberg eG günstig entwickeln werden, weil wir im Kundengeschäft sowohl bei den Einlagen als auch bei den Krediten und dem Provisionsgeschäft von einem wachsenden Volumen und insgesamt von einem deutlich höheren JÜ vor Steuern/dBS ausgehen. Wir erwarten eine angemessene Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufgrund der jederzeitigen Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität sowie die jederzeitige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven.

Der Konflikt im Nahen Osten hat Auswirkungen auf die Finanzmärkte und die wirtschaftliche Lage von Unternehmen. Dies kann dazu führen, dass sich die Annahmen, die unserer Prognoseberechnung zu Grunde liegen, nicht als zutreffend erweisen, da die Prognosen auf unseren Einschätzungen vor Beginn des Konflikts beruhen. In diesem Zusammenhang sind die Prognosen mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet. Dabei sind die konkreten Auswirkungen derzeit noch nicht abschätzbar. Es ist zu erwarten, dass negative Folgen für die Bank umso stärker sind, je länger der Konflikt anhält.

Risiken

Wesentliche Risiken für die geschäftliche Entwicklung bestehen im kommenden Jahr bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte.

Eine schlechter als erwartete Konjunkturentwicklung – insbesondere in unserer Region – könnte zu einer rückläufigen Nachfrage, höheren Risikovorsorgen und insgesamt zu einer schwächeren Geschäftsentwicklung führen.

Ein weiteres wesentliches Risiko besteht bei sinkenden Immobilienpreisen.

Weitere wesentliche Risiken sehen wir in möglichen Auswirkungen durch eine weitere Eskalation der geopolitischen Konflikte, wie den Russland-Ukraine-Konflikt oder den Auseinandersetzungen im Nahen Osten.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind derzeit noch nicht vollumfänglich abschätzbar.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr bei einer überplanmäßigen Kreditnachfrage und bei über den Planungen liegenden Einlagenzuwächsen.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Nürnberg, 31.03.2026

PSD Bank Nürnberg eG

Der Vorstand

gez. Helmut Hollweck

gez. Ronny Reißmann

gez. Jessica Tröger

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und traf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse, dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers überwacht. Alle von ihm erbrachten Nichtprüfungsleistungen waren zulässig und wurden durch den Aufsichtsrat genehmigt. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse.

Darüber hinaus standen der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstand in engem Austausch miteinander. Der Aufsichtsrat unterhielt unverändert, die aus seiner Mitte heraus errichteten, fünf Ausschüsse. Der Prüfungsausschuss hat sich in seinen fünf Sitzungen umfassend mit der Rechnungslegung der Bank beschäftigt und stand in engem Kontakt mit der Innenrevision der Bank. Er hat auch den Jahresabschluss 2025 einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Der Kreditausschuss hat in insgesamt sieben Sitzungen getagt und über die ihm vorgelegten Beschlüsse beraten, geprüft und entschieden. Er erörterte die Kreditrisikostategie und analysierte die Ausfallquoten sowie die Blankovolumina. Der Wirtschaftsausschuss, der fünfmal tagte, beschäftigte sich mit der Anlagestrategie der Bank, die unter Hinzuziehung externer Berater analysiert und in der Folge im Detail angepasst wurde. Ebenso begleitete er beratend die Risikostategie. Ein Überwachungsschwerpunkt waren die Eigenanlagen der Bank und die Investitionen in das Immobilienvermögen. Der Personalausschuss tagte an vier Terminen und hat Beschlüsse des Aufsichtsrats auf- und vorbereitet. Der Satzungsausschuss hat aufgrund des Fehlens an Themen keine Sitzung abgehalten. Nach den Empfehlungen der Ausschüsse wurden die erforderlichen Beschlüsse im Aufsichtsrat getroffen. Aus den Sitzungen der Ausschüsse ist jeweils dem Gesamtaufichtsrat berichtet worden.

Der vorliegende Jahresabschluss 2025 mit Lagebericht wurde vom Verband der PSD Banken e.V. geprüft, der Prüfungsvorgang wurde vom Prüfungsausschuss intensiv begleitet. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet werden.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses wurde durch den Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Generalversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2025 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Durch Ablauf der Wahlzeit scheiden in diesem Jahr Herr Dr. Tilman Engel, Herr Martin Führlein und Herr Edwin Then aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl, der durch den Ablauf der Wahlzeit ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates, ist zulässig.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und den Mitarbeitern großen Dank für die geleistete Arbeit in den vergangenen 12 Monaten, die durch vielfältige Herausforderungen geprägt waren, aus.

Nürnberg, 14.04.2026

gez. Dr. Tilman Engel
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Jahresabschluss 2025

PSD Bank Nürnberg eG

Nürnberg

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der
Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung
(Formblatt 3 - Staffelform)
3. Anhang

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			2 136 191,97		3 532
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			30 695 910,00		30 028
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	30 695 910,00				(30 028)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	32 832 101,97	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			112 467 319,51		102 323
b) andere Forderungen			428 331,11	112 895 650,62	4 889
4. Forderungen an Kunden				3 714 572 787,38	3 566 148
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2 950 806 001,92				(2 807 593)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		55 937 044,80			64 414
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	51 031 239,59				(59 518)
bb) von anderen Emittenten		150 650 574,07	206 587 618,87		138 419
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	137 062 044,34				(127 337)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	206 587 618,87	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				586 736 745,86	586 828
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			11 241 378,52		11 241
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			8 050,00	11 249 428,52	8
darunter: bei Kreditgenossenschaften	-				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
bei Wertpapierinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				2 200 152,04	2 216
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			37 187,00		67
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	37 187,00	-
12. Sachanlagen				14 560 436,75	11 557
13. Sonstige Vermögensgegenstände				12 004 601,99	12 373
14. Rechnungsabgrenzungsposten				1 709 069,40	1 610
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				-	-
Summe der Aktiva				4 695 385 780,40	4 535 653

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			-		-
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>501 818 032,94</u>	<u>501 818 032,94</u>	<u>505 345</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		<u>508 599 401,85</u>			<u>513 245</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>16 970 454,13</u>	<u>525 569 855,98</u>		<u>9 209</u>
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		<u>1 646 065 532,84</u>			<u>1 508 690</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1 488 623 395,79</u>	<u>3 134 688 928,63</u>	<u>3 660 258 784,61</u>	<u>1 494 380</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				<u>48 145 170,65</u>	<u>30 315</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>66 777,09</u>	<u>71</u>
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			<u>12 213 893,00</u>		<u>12 449</u>
b) Steuerrückstellungen			-		<u>45</u>
c) andere Rückstellungen			<u>8 306 874,65</u>	<u>20 520 767,65</u>	<u>8 487</u>
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				<u>63 180 478,93</u>	<u>63 924</u>
10. Genussrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>184 200 000,00</u>	<u>178 300</u>
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			<u>63 517 203,36</u>		<u>61 499</u>
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnismrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		<u>18 410 000,00</u>			<u>17 760</u>
cb) andere Ergebnismrücklagen		<u>129 177 043,90</u>			<u>125 973</u>
cc)		-	<u>147 587 043,90</u>		-
d) Bilanzgewinn			<u>6 091 521,27</u>	<u>217 195 768,53</u>	<u>5 961</u>
Summe der Passiva				<u>4 695 385 780,40</u>	<u>4 535 653</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			<u>38 070,92</u>		<u>44</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	<u>38 070,92</u>	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>180 044 159,31</u>	<u>180 044 159,31</u>	<u>194 403</u>
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2025

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		78 531 392,83			79 334
darunter: aus Abzinsung von Rückstellungen	-				(7)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		4 384 742,01	82 916 134,84		3 055
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	-				(-)
2. Zinsaufwendungen			-51 806 376,76	31 109 758,08	-58 635
darunter: erhaltene negative Zinsen	10 890,08				(4)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			22 457 414,30		23 901
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			480 632,69		499
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			268 224,64	23 206 271,63	303
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			8 793 556,85		9 102
6. Provisionsaufwendungen			-7 065 895,92	1 727 660,93	-5 473
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				2 431 915,61	7 200
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		65 145,12			(103)
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-16 536 575,16			-16 110
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-3 545 388,73	-20 081 963,89		-3 340
darunter: für Altersversorgung	-354 418,65				(-365)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-21 019 089,95	-41 101 053,84	-20 296
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-472 529,07	-788
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-2 354 644,04	-1 172
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-84 389,35			(-150)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-2 011 150,44		-5 786
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	-2 011 150,44	-
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			32 916,31	32 916,31	224
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				12 569 145,17	12 018
20. Außerordentliche Erträge			-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-398 279,83		128
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-179 344,07	-577 623,90	-85
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-5 900 000,00	-6 100
25. Jahresüberschuss				6 091 521,27	5 961
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				6 091 521,27	5 961
27. Entnahmen aus Ergebnismrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnismrücklagen			-		-
				6 091 521,27	5 961
28. Einstellungen in Ergebnismrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnismrücklagen			-		-
				6 091 521,27	5 961
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				6 091 521,27	5 961

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

- Die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg, ist beim Amtsgericht Nürnberg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 281 eingetragen.
Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.
- In der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich keine Veränderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen, versteuerten Pauschalwertberichtigungen und Einzelrückstellungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden für Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (einschließlich widerruflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen) Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden auf Basis der im genossenschaftlichen Finanzverbund etablierten VR-Rating-Verfahren geschätzt. Die Annahmen zu Kredithöhen im Ausfallzeitpunkt, den zukünftigen Zahlungen und den Sicherheitenverwertungserlösen und -kosten basieren auf einem LGD-Modell.

Als Voraussetzung für die Anwendung der Bewertungsvereinfachung ist im Rahmen der Kreditvergabepraxis sichergestellt, dass die Konditionenvereinbarung zum Zeitpunkt der Kreditvergabe unter Berücksichtigung einer risikoadäquaten Bonitätsprämie erfolgt, deren Höhe sich am erwarteten Verlust über die Restlaufzeit orientiert. Die Ausgeglichenheitsannahme wurde zum Bilanzstichtag überprüft.

Die Risikovorsorgebeträge für die Forderungen an Kreditinstitute und die Forderungen an Kunden werden als Pauschalwertberichtigungen von den jeweiligen Aktivposten abgesetzt. Die für Eventualverbindlichkeiten sowie unwiderrufliche Kreditzusagen ermittelten Risikovorsorgebeträge werden von den Unterstrich-Positionen abgesetzt und als pauschale Rückstellungen in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c) ausgewiesen. Für widerrufliche Kreditzusagen erfolgt die Passivierung einer pauschalen Rückstellung in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c).

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen des Agios an den niedrigeren Einlösungskurs angepasst.

Der Ansatz der Wertpapiere erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Als Wertmaßstab im Rahmen der Folgebewertung wird auf den Börsenpreis oder einen ggf. bestehenden Marktpreis zurückgegriffen. Besteht kein aktiver (liquider) Markt oder kann ein Börsen- oder Marktpreis aus anderen Gründen nicht festgestellt werden, wird der beizulegende Zeitwert mittels Barwertberechnung (Discounted Cashflow-Verfahren) ermittelt.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert.

Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten Derivats im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Risiken oder Chancen aufweisen, haben wir nicht im Bestand. Eine getrennte Bilanzierung ist daher nicht erforderlich.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen. Sofern die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung früherer Jahre nicht mehr bestehen, erfolgen entsprechende Zuschreibungen.

Software wurde unter der Bilanzposition "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Aktive latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des bestehenden Wahlrechts nicht angesetzt wurde.

Der Aktivüberhang resultiert im Wesentlichen aus den Wertpapieranlagen, aus den Sachanlagen, aus den Kundenforderungen sowie den Pensions- und anderen Rückstellungen. Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Verbundene Unternehmen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der 'Richttafeln 2018 G' (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen werden 3 % und für die Rentenzusagen eine Anpassungsdynamik von 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) / mit 2,05 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2025 ermittelten Zinssatzes). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich nunmehr erstmalig ein negativer Unterschiedsbetrag von 179 690 EUR, entsprechend entfällt die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB. Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsanwartschaften der Vorstände und Teile der Versorgungsverpflichtungen gegenüber früheren Vorständen wurden auf externe Versorgungsträger übertragen (R+V Pensionsfonds AG bzw. Versorgungskasse genossenschaftlicher Unternehmen (VGU e.V.)). Die Leistungsempfänger sind in vollem Umfang durch Deckungskapital abgedeckt. Bei der Bank verbleibt darüber hinaus die Subsidiärhaftung.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrugen 1.405.625 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 1.405.625 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände (Rückdeckungsversicherungen) wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 1.405.625 EUR. Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 12.652 EUR verrechnet.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Zinsswaps mit langen Laufzeiten, deren Laufzeit die im Zinsbuch der Bank kontrahierten Geschäfte deutlich überschreiten, wurden in einen zum Zinsbuch volumens- und laufzeitkongruenten Teil (Kassa-Swap) und einen volumens- und laufzeitinkongruenten Teil (Termin-Swap) aufgeteilt. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2025 war keine Rückstellung zu bilden.

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n.F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert im Kundenkreditgeschäft sowie Eigengeschäft und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2025 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig in geringem Umfang Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2025 in Höhe von 180.044.159 EUR betreffen 180.044.159 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt. Den latenten Risiken der Positionen unter dem Bilanzstrich wurde durch die Bildung von Pauschalrückstellungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Soweit die derivativen Geschäfte im Einzelfall nicht der Aktiv-Passiv-Steuerung dienen, werden sie nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet. Bei der Bewertung langlaufender Zinsswaps erfolgt eine wirtschaftliche Aufteilung in einen laufzeitkongruenten Teil, der in die verlustfreie Bewertung des gesamten Zinsbuchs einbezogen wird, und in einen laufzeitinkongruenten Teil, der einzeln imparitatisch bewertet wird.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 837 874	-	-	a) - b) -	1 837 874	37 187	66 937
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	16 685 153	2 791 556	-	a) 6 090 516 b) -	13 386 193	13 386 193	10 594 637
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	6 133 665	666 174	-	a) 594 533 b) -	6 205 306	1 174 244	962 107
a	24 656 692	3 457 730	-	a) 6 685 049 b) -	21 429 373	14 597 624	11 623 681

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 770 937	-	-	-	29 750	-	1 800 687
Sachanlagen							
a) Grundstücke	6 090 516	-	6 090 516	-	-	-	-
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 171 558	-	583 275	-	442 779	-	5 031 062
a	13 033 011	-	6 673 791	-	472 529	-	6 831 749

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Schuldscheindarlehen/ Namenspapiere	5 000 000	-	5 000 000
Wertpapiere des Anlagevermögens	514 862 563	-33 814 857	481 047 706
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	11 279 429	-30 000	11 249 429

Anteile an verbundenen Unternehmen	2 223 327	-23 175	2 200 152
b	533 365 319	-33 868 032	499 497 287
Summe a und b	558 022 011		514 094 911

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 112 891 853 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	428 331	-	-	-
Forderungen an Kunden (A 4)	60 697 809	138 762 254	716 084 520	2 795 737 339

In den Forderungen an Kunden sind 3 290 865 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Anteilige Zinsen wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 33 520 695 EUR fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	26 470 964	26 891 244

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja / Nein
Ertrags- und Liquiditätssteuerung	176 858 177	185 933 132	9 074 955	4 691 794	Nein

Es handelt sich um Spezialfonds, bei denen eine tägliche Rückgabe von Fondsanteilen möglich ist. Eine vollständige Auflösung der Fonds kann vertraglich nur zum Geschäftsjahresende erfolgen.

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) WB Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2025	6 742	2025	-5 757
b) WB Projekt 1 GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2024	279 667	2024	254 769
c) WB 4 Werte & Boden GmbH & Co.KG, Nürnberg	5,10	2024	10 508 721	2024	263 831
d) Patrizia GrundInvest Dresden GmbH & Co. geschlossene InvKG, Augsburg	99,99	2024	29 139 947	2024	1 022 278
e) PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, Hamburg	100,00	2025	328 031 266	2025	13 067 316
f) WB 2 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2024	71 983	2024	13 738
g) WB 4 Werte & Boden GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2024	10 508 721	2024	263 831
h) WB 5 Stuttgart GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2024	1 559 347	2024	334 347
i) Patrizia GrundInvest Objekt Dresden GmbH & Co. KG, Augsburg	94,90	2024	22 447 119	2024	-224 142
j) PSD Werte & Boden GmbH & Co.KG, Hamburg	100,00	2024	201 578 859	2024	5 312 748
k)WB 3 Werte & Boden Atrium GmbH & Co.KG, Nürnberg	100,00	2024	2 349 360	2024	457 360
l) WB 3 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2024	9 776	2024	-3 333

Die unter Buchstabe a bis c genannten Unternehmen sind in der Bilanzposition verbundene Unternehmen bilanziert. Bei den unter Buchstabe a bis e genannten Beteiligungen handelt es sich um direkte Beteiligungen. Die Patrizia GrundInvest Dresden GmbH & Co. geschlossene InvKG, Augsburg sowie die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, Hamburg sind geschlossene AIF und damit Investmentvermögen. Diese werden nach § 17 i.V.m. § 7 Rech-KredV unter Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere bilanziert. Bei den unter f bis l genannten Beteiligungen handelt es sich um indirekte Beteiligungen

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
DZ Beteiligungs-GmbH & Co.KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,1876	2025	3 212 092 325	2025	122 288 259

Weitere Beteiligungen wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung gem. § 286 Abs. 3 HGB nicht angegeben.

- In folgenden Posten sind enthalten:

börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
EUR	EUR	EUR	EUR
206 587 619	202 285 241	4 302 378	68 628 739

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)

- Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in folgendem Umfang:

Auf im Anlagevermögen ausgewiesene Wertpapiere wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB nicht vorgenommen. Die Wertminderungen werden von uns als voraussichtlich nicht dauerhaft beurteilt, da es sich um rein zinsinduzierte Schwankungen handelt, die keine regelmäßig dauernde Wertminderung darstellen. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 68.628.739,14 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 66.196.259,73 EUR.

• In den Sachanlagen sind enthalten:	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	-
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 174 244

• Bei den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:	EUR
Steuererstattungsansprüche	8 172 080
sonstige Forderungen	1 639 985
Forderungen Cash Logistik	1 260 000
Gruppenunfallversicherung	919 275

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 4 Forderungen an Kunden	1 500 000	-
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3 800 000	3 800 000

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 150 579 419 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	32 100 463	40 413 742	177 837 785	251 466 043
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	193 447	16 776 478	529	-
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	213 190 870	618 211 579	186 083 333	471 137 614

Anteilige Zinsen wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Bei den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuer / Finanzamt	2 069 103
offene Rechnungen	1 036 296
Verbindlichkeit aus Barsicherheiten im Zusammenhang mit Derivaten	43 400 000
Verrechnung Card-Process	1 144 986

- Angaben zu den nachrangigen Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 1 368 973 EUR an.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten weisen zum 31.12.2025 einen Nominalwert in Höhe von 62.895.081 EUR auf. Es bestehen folgende Emissionen von mehr als zehn Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

- Nachrangiges Schuldscheindarlehen 11 Mio. EUR, Zinssatz 2,087 %. Fälligkeit 12.07.2032

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Das Kapital ist nicht durch die gesetzliche Einlagensicherung geschützt. Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 5, 9 und 12 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11 139 817	16 384 930

- Die im gezeichneten Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

		EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		61 715 545
b) der ausscheidenden Mitglieder		1 747 659
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		54 000
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR	1 000

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 1. Januar 2025	17 760 000	125 973 159
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	650 000	3 203 885
Stand 31. Dezember 2025	18 410 000	129 177 044

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 3,500 %	2 441 003,08
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	650 000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	3 000 518,19
Insgesamt	6 091 521,27

- **Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand**

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands bei der genossenschaftlichen Zentralbank in Höhe von nominal 675 Mio. EUR

- **Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands**

In der nachfolgenden Tabelle sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt. Die beizulegenden Zeitwerte werden ohne rechnerisch angefallene Zinsen angegeben ('clean prices').

Angabe in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegen- der Zeitwert positiv	Beizulegen- der Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	-	80,0	595,0	675,0	48,8	0,2

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden fast ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv- /Passivsteuerung eingesetzt.

Gezahlte Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 93.208 EUR zu Buche (Aktiva 14). Erhaltene Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 66.775 EUR zu Buche (Passiva 6).

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Der beizulegende Wert aller Geschäfte ermittelt sich aus positiven Marktwerten in Höhe von 48.787.486 EUR (Nennwert 635 Mio.EUR) und negativen Marktwerten in Höhe von - 231.387 EUR (Nennwert 40 Mio.EUR). Das Adressenausfallrisiko besteht lediglich gegenüber der Zentralbank und beläuft sich gemäß Solvabilitätsverordnung in der Anrechnung somit auf 0 %.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	<u>136 450 993</u>

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Wir haben im geringen Umfang Negativzinsen von institutionellen Anlegern erhalten. Positive Zinsen aus Kundeneinlagen haben wir nicht generiert.
- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	<u>EUR</u>
Auflösung andere Rückstellungen	<u>995 959</u>
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>EUR</u>
Kosten wegen vermieteten Immobilien	<u>1 830 776</u>

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 847 EUR enthalten.

E. Sonstige Angaben

- **Pfandbriefe**

Die PSD Bank Nürnberg eG ist seit 04.09.2015 Pfandbriefbank.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgeführt.

Da die PSD Bank Nürnberg eG das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz auf Grund des Pfandbriefgeschäftes

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	-		-	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	112 895 651	112 895 651	107 211 817	107 211 817
darunter:				
täglich fällig	112 467 320		102 322 725	
gegen Beleihung von Wertpapieren	-		-	

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	2 950 806 002		2 807 592 919	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	763 766 785	3 714 572 787	758 554 869	3 566 147 788
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	-		-	

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions - und Darlehensgeschäft	-		-	
b) andere	1 709 069	1 709 069	1 609 463	1 609 463

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	256 238 614		276 116 283	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-		-	
c) andere Verbindlichkeiten	245 579 419	501 818 033	229 228 864	505 345 147
darunter:				
täglich fällig	-		-	

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		505 765 153		454 173 598
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		-		-
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	508 599 402		513 245 146	
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist mehr als drei Monate	16 970 454	525 569 856	9 209 170	522 454 316
d) andere Verbindlichkeiten		2 628 923 776		2 548 895 677
darunter:				
täglich fällig	1 646 065 533		1 508 689 530	
Summe		3 660 258 785		3 525 523 591

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenspfandbriefe	-		-	
ab) Öffentliche Pfandbriefe	-		-	
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	-	-	-	-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-		-
darunter				
Geldmarktpapiere	-		-	
Summe		-		-

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	-		-	
b) andere	66 777	66 777	71 332	71 332

- Angaben nach § 28 PfandBG zum Hypothekendarpfandbriefumlauf

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress ¹⁾	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Gesamtbetrag des Darfandbriefumlaufs inkl. Derivate	756,60	725,60	691,93	680,02	576,04	564,22
davon Derivate	-	-	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	1 432,89	1 343,42	1 351,66	1 299,29	1 150,15	1 104,82
davon Derivate	-	-	-	-	-	-
Überdeckung in %	89,39	85,15	95,35	91,07	99,66	95,81
Überdeckung	676,29	617,82	659,73	619,27	574,11	540,60
Gesetzliche Überdeckung ²⁾	28,94	28,42	13,84	13,60		
Vertragliche Überdeckung	-	-	-	-		
Freiwillige Überdeckung	647,35	589,39	645,89	605,67		

¹⁾ Sowohl die Ermittlung des Risikobarwerts als auch des Währungsstresses erfolgt statisch.

²⁾ Die gesetzliche Überdeckungserfordernis setzt sich aus der barwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 DarfandBG und der nennwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 2 DarfandBG zusammen.

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 und 5 DarfandBG Laufzeitstruktur, Zinsbindungsfrist und Fälligkeitsverschiebung	Darfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung ³⁾	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
bis zu sechs Monate	28,00	5,00	44,94	64,33	-	-
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	20,00	35,00	46,01	43,81	-	-
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	20,00	28,00	56,66	47,11	28,00	5,00
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	40,00	20,00	50,13	46,05	20,00	35,00
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	35,00	60,00	97,55	102,24	60,00	48,00
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	10,00	35,00	92,12	94,23	35,00	60,00
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	15,00	10,00	106,83	84,74	10,00	35,00
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	304,60	289,60	477,17	438,87	309,60	259,60
über 10 Jahre	284,00	243,00	461,49	422,04	294,00	283,00

³⁾ Auswirkungen einer Fälligkeitsverschiebung auf die Laufzeitenstruktur der Darfandbriefe / Verschiebungsszenario 12 Monate.

§ 28 Abs. 1 Nr. 5 PfandBG Informationen zur Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG	31.12.2025	31.12.2024
Voraussetzungen für die Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG	Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.	Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.

Befugnisse des Sachwalters bei Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG	Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit.	Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit.
	Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entschieden sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen.	Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entschieden sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen.
	Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.	Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.

§ 28 Abs. 1 Nr. 6 PfandBG		
Liquiditätskennzahlen	31.12.2025	31.12.2024
Absolutbetrag der von Null verschiedenen größten sich ergebenden negativen Summe in den nächsten 180 Tagen i. S. d. § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG für die Pfandbriefe (Liquiditätsbedarf)	5,34	-
Tag an dem sich die größte negative Summe ergibt	29	-
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsabdeckung)	25,51	24,90
Liquiditätsüberschuss	20,17	24,90

§ 28 Abs. 1 Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	31.12.2025	31.12.2024
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,00 %	100,00 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00 %	100,00 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung)	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefumlaufs	
Fremdwährung	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung)	Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
Fremdwährung	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
	-	-	-	-	-	-

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen	31.12.2025	31.12.2024
bis zu 300 Tsd. €	1 341,32	1 272,21
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	66,07	45,71
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio. €	-	-
mehr als 10 Mio. €	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I)	31.12.2025	31.12.2024
wohnwirtschaftlich	1 407,39	1 317,92
gewerblich	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II)	31.12.2025	31.12.2024
Staat		
Bundesrepublik Deutschland		
Eigentumswohnungen	344,58	323,55
Ein- und Zweifamilienhäuser	1 062,81	994,37
Mehrfamilienhäuser	-	-
Bürogebäude	-	-
Handelsgebäude	-	-
Industriegebäude	-	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	-	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Summe	1 407,39	1 317,92

Weitere Kennzahlen		31.12.2025	31.12.2024
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen nach § 12 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Werte nach § 19 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 19 Abs. 1 Satz 7 PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	in Jahren	6,13	5,83
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	50,33	50,46
ordentliche Deckung (nominal)	in Mio. EUR	1 407,39	1 317,92
Anteil am Gesamtumlauf	in %	186,01	181,63

Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 12 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten	31.12.2025	31.12.2024
§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 a) und b) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Staat	-	-	-	-
Keine	-	-	-	-
EU-Institutionen	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 a) bis c) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Staat	-	-	-	-
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	
	31.12.2025	31.12.2024
Staat	-	-
Keine	-	-
Frankreich	-	15,00
EU-Institutionen	25,50	10,50
Summe	25,50	25,50

§ 28 Abs.1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Summe	
	31.12.2025	31.12.2024
Staat		
Keine	-	-
Frankreich	-	15,00
EU-Institutionen	25,50	10,50
Summe	25,50	25,50

Weitere Kennzahlen

Kennzahlen nach § 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG	31.12.2025	31.12.2024
Anteil der Derivategeschäfte an den Deckungsmassen gemäß § 19 (1) Nr. 1 (Bonitätsstufe 3)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den Deckungsmassen gemäß § 19 (1) Nr. 2c (Bonitätsstufe 2)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den Deckungsmassen gemäß § 19 (1) Nr. 3d (Bonitätsstufe 1)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den zu deckenden Verbindlichkeiten gemäß § 19 (1) Nr. 1 (Bonitätsstufe 3)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den zu deckenden Verbindlichkeiten gemäß § 19 (1) Nr. 2c (Bonitätsstufe 2)	- %	- %
Anteil der Derivategeschäfte an den zu deckenden Verbindlichkeiten gemäß § 19 (1) Nr. 3d (Bonitätsstufe 1)	- %	- %

● Übersicht über rückständige Leistungen (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 15 PfandBG	31.12.2025	31.12.2024
Anteil der rückständigen Deckungswerte gemäß Art. 178 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	- %	- %

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Staat				
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

ISIN-Liste der Inhaberpapiere

§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG ISIN-Liste nach Pfandbriefgattung (nur Inhaberpfandbriefe)	
31.12.2025	31.12.2024

Anhang des Jahresabschlusses

§ 28 Abs. 2 Nr. 5 PfandBG	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigem Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Mio. EUR)	-	-	-	-

• Zusatzangaben nach § 35 RechKredV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realkredite in Höhe von 1.407,4 Mio. EUR werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung dienenden Wertpapiere in Höhe von 25,5 Mio. EUR (Nominalvolumen) sind in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

- Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

- Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen 113 897 EUR.

- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2025 Pensionsrückstellungen in Höhe von 87 116 EUR.

Die früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene erhielten Gesamtbezüge in Höhe von 16 TEUR.

- Am Bilanzstichtag betrugen die Forderungen sowie die Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	<u>491 638</u>
Mitglieder des Aufsichtsrats	<u>6 506</u>

Geschäfte mit nahestehenden Personen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäftes vorgenommen.

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. aus der Zugehörigkeit zum Garantieverbund durch Abgabe einer Garantieerklärung in Höhe von 9 470 TEUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Die Zahl der im Jahr 2025 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	<u>Vollzeitbeschäftigte</u>	<u>Teilzeitbeschäftigte</u>
Kaufmännische Mitarbeiter	<u>169,25</u>	<u>84,50</u>

Außerdem wurden durchschnittlich 12,00 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

Anfang	2025
Zugang	2025
Abgang	2025
Ende	2025

Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
49 697	594 263
369	43 105
2 006	18 351
48 060	619 017

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

EUR 2 505 818

Höhe des Geschäftsanteils EUR 100

Höhe der Haftsumme EUR -

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der PSD Banken e.V.

Dreizehnmorgenweg 36
53175 Bonn

- Mitglieder des Vorstands

Helmut Hollweck, Vorsitzender
Ronny Reißmann
Jessica Tröger

hauptamtliches Vorstandsmitglied
hauptamtliches Vorstandsmitglied
hauptamtliches Vorstandsmitglied

- Mitglieder des Aufsichtsrats

Dr. Tilman Engel, Vorsitzender
Dipl.-Kfm. René Stein, stellvertretender Vorsitzender
Martin Führlein

Dipl.-Kfm. Karl Michael Grimm
Margit Vogel
Thomas Haas (ab 25.06.2025)
Edwin Then
Dipl.-Volkswirtin Carola Seifried
Betriebswirtin (VWA) Bettina Schlüter

Geschäftsführer, Sontowski & Partner GmbH
CFO, Prokurist Riedhammer GmbH
Geschäftsführer, Pegasus Capital Partners GmbH und
Pegasus Real Estate Partners GmbH
selbstständig, Beratender Diplom-Kaufmann
Hauptgeschäftsführerin, AWO Kreisverband Kulmbach e.V.
Betriebsratsvorsitzender der PSD Bank Nürnberg
Vorsitzender DPVKOM Bayern
Steuerberaterin, LEONI AG
selbstständige Unternehmensberaterin

Nürnberg, 17. Februar 2026
(Ort, Datum)

PSD Bank Nürnberg eG
(Firma der Genossenschaft)

gez. Helmut Hollweck

gez. Ronny Reißmann

gez. Jessica Tröger

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PSD Bank Nürnberg eG (im Folgenden "Genossenschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungssleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Bewertung Kundenforderungen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, umfassen einen Betrag in Höhe von 3.714,6 Mio.EUR. Dies entspricht 79,1% der Bilanzsumme. Zudem bestehen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 0,04 Mio.EUR.

Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7 sowie die Bemessung von Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten abhängig ist. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen von entscheidender Bedeutung für den Jahresabschluss und insbesondere für die Ertragslage und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Wir haben zunächst beurteilt, ob die Systeme bzw. Prozesse der Bank derart ausgestaltet sind, dass akute Risiken mit hinreichender Sicherheit rechtzeitig erkannt werden und gegebenenfalls eine Risikovorsorge in ausreichendem Umfang gebildet wird. Unsere Prüfungshandlungen umfassten die für die Bewertung der Kundenforderungen relevanten Bereiche und Prozesse.

In Folge haben wir uns von der Funktionsfähigkeit der Regelungen bzw. Prozesse überzeugt.

Hierbei stellen wir auf die eingerichteten relevanten Kontrollen der Bank ab.

Auf Basis der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir analytische Prüfungshandlungen durchgeführt. In diesem Zuge wurden neben den Ratingeinstufungen die Höhe der ungesicherten Kreditteile und des Credit Value at Risk sowie die Gesamtzusage berücksichtigt.

Auf den analytischen Prüfungshandlungen aufbauend haben wir bewusst ausgewählte Kreditengagements einer Einzelfallprüfung unterzogen, bei der wir auch eine Prüfung hinsichtlich der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge vorgenommen haben.

Im Hinblick auf die gebildete Pauschalwertberichtigung zur Berücksichtigung vorhersehbarer, aber noch nicht konkretisierter Ausfallrisiken im Kreditgeschäft haben wir uns unter anderem mit den bei der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen und Parametern auseinandergesetzt.

Dabei haben wir die zutreffende Ableitung der sachlichen und betraglichen Bemessungsgrundlagen nachvollzogen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung haben wir anhand der einfließenden wesentlichen Annahmen und Parameter nachvollzogen und plausibilisiert.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen im Kreditgeschäft sind im Anhang im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten.

Im Lagebericht sind Ausführungen zu den Kreditstrukturen im Abschnitt „II.4.3 Vermögenslage – Kundenforderungen –“ und zu den Verfahren der Risikoerkennung im Abschnitt „III.3 Adressenausfallrisiken – Forderungen an Kunden –“ enthalten.

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen zum Zeitpunkt der Erteilung dieses Bestätigungsvermerks nicht vor.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutende Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Wertpapierdienstleistungs- und Depotprüfung nach § 89 WpHG
- Bestätigungsleistungen im genossenschaftlichen Finanzverbund
- Separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht
- Schulungsveranstaltungen für Aufsichtsräte und Bankmitarbeiter

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist David Peters

Bonn, den 14. April 2026

Verband der PSD Banken e.V.

gez. Peters

Wirtschaftsprüfer

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der Generalversammlung am <u>24. Juni 2026</u> festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

BaFin - Instituts - Nummer: 101995

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2025
("Länderspezifische Berichterstattung")

Die PSD Bank Nürnberg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der PSD Bank Nürnberg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die PSD Bank Nürnberg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Investmentfonds etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2025 58.476 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 252,24.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 12.569 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 398 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die PSD Bank Nürnberg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.